



Inhalt November 2013

Seite 1

BLAUPAUSE FÜR KOALITIONSVERHANDLUNGEN

IG BCE-Gewerkschaftskongress zu gleichberechtigter Teilhabe von Zuwanderern

Seite 2

KUMPELVEREIN ALS PARTNER

IG BCE gegen Rechts und für Gleichbehandlung

NUR NOCH ZWEI MONATE

Einsendeschluss für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ im Januar

MASCHSEELAUF MIT GELBER HAND

Schwitzen für einen guten Zweck

ZIVILCOURAGE NEUES RÜCKGRAT GEBEN

EVG Berlin fordert Toleranz-Offensive für die Hauptstadt

Seite 3

RASSISMUS WIRD IMMER NOCH NICHT ERNST GENUG GENOMMEN

Gespräch mit Sebastian Edathy MdB

Seite 4

FOTOWETTBEWERB DER DGB-JUGEND

Alltagsrassismus sichtbar machen

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

BLAUPAUSE FÜR KOALITIONSVERHANDLUNGEN

IG BCE-Gewerkschaftskongress zu gleichberechtigter Teilhabe von Zuwanderern

Vom 13. bis 18. Oktober 2013 fand in Hannover unter dem Motto „Zeit, weiter zu denken“ der 5. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE statt. Die 400 Delegierten haben unter anderem 398 eingebrachte Anträge beraten. Ein umfangreicher Antrag des Hauptvorstands der IG BCE – der einstimmig angenommen wurde – befasst sich mit Fragen der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten, Integration und damit zusammenhängend Zuwanderung.

Ausgangspunkt ist das Gesellschaftsbild, für das die IG BCE eintritt, „ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Deutschland, in dem die Benachteiligung, Ausgrenzung oder Bekämpfung von Menschen anderer Herkunft, Glaubensrichtung oder Kultur keinen Platz haben“. Dies treffe insbesondere auf Zuwanderer, ihre Kinder und Enkel zu. Sie haben ein Recht auf Bildung, Arbeit und Partizipation. Wörtlich heißt es dazu: „Die Verantwortung Deutschlands gegenüber diesen Ansprüchen erwächst schon allein aus den demokratischen und humanistischen Werten.“ Dass zugleich eine erfolgreiche Teilhabe die Folgen des demografischen Wandels mildert, ist ein zusätzliches Argument.

Eine für Zuwanderung von Außen und Vielfalt im Inneren offene Gesellschaft – so die IG BCE – müsse sich verändern: „Vom bisherigen Verständnis einer Integration, bei der es um eine Anpassung des Einzelnen an unveränderte Normen und Ordnungssysteme geht, hin zum Ideal einer Inklusion, das die Gleichwertigkeit aller Individuen in ihrer Einzigartigkeit betont und bei dem sich Normalität und Ordnungssysteme aus der Vielfalt der einbegriffenen Einzelnen entwickeln.“

Von diesem Bild einer auf Gleichheit basierenden Gesellschaft sind die Forderungen zu einzelnen Bereichen geleitet. Um die Sicherung des Arbeitskräftepotenzials zu ermöglichen, fordert die IG BCE eine Zuwanderung nach einem Punktesystem, das sich an den Bedürfnissen im Land ori-

entiert. Das heißt freilich nicht, dass Menschen nach ihrer Nützlichkeit sortiert werden: „Die Schaffung einer solchen Zugangsmöglichkeit darf nicht zulasten der Aufnahme von Flüchtlingen und Personen gehen, die internationalen Schutz benötigen.“

Bei dem Thema Zugang zum Arbeitsmarkt hält die IG BCE es für notwendig, dass Zuwanderer bestehende Qualifikationen besser einbringen können, etwa durch die Verbesserung und verbesserte Anwendung des Berufsamerkenngsgesetzes und verbesserte Möglichkeiten ergänzender Qualifizierungen. Da bei Asylbewerbern die Residenzpflicht die Integration in den Arbeitsmarkt erschwert, sollte diese abgeschafft werden, was die Streichung von Arbeitsverboten voraussetzt.

In diesen Rahmen passen dann auch die Forderungen nach einer Modernisierung und Vereinfachung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts – auch unter Akzeptierung von Mehrstaatigkeit – und die Abschaffung des Optionszwangs.

Bei der Frage des Wahlrechts hält die IG BCE es nicht für hinnehmbar, dass Migrantinnen und Migranten von der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden: „Deshalb fordert die IG BCE die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle rechtmäßig dauerhaft in Deutschland lebenden Erwachsenen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.“ Hier ist interessanterweise nicht davon die Rede, dies als politisches Ziel zu erklären, in der Praxis aber erst einmal auf der kommunalen Ebene anzufangen. In Bezug auf Flüchtlinge und Menschen

ohne gesicherten Aufenthalt beklagt die IG BCE, dass weniger Partizipationsmöglichkeiten eröffnet werden als Ausgrenzung stattfindet, die „in manchen Fällen die Menschenrechte der Betroffenen“ einschränkt. Deshalb sollten medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, Schulbesuch und Inanspruchnahme des Arbeitsrechts gewährleistet werden. Diese Rechte sollten auch Menschen ohne Papiere wahrnehmen können, „ohne dass die Ordnungsbehörden hiervon informiert werden müssen“. Mit Blick auf Erfahrungen in anderen europäischen Ländern fordert die IG BCE: „Außerdem ist ein Konzept für eine umfassende Regulierungsmaßnahme zu erarbeiten, mit denen Menschen ohne Papiere eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive eröffnet wird.“

Der Antrag ist – wie erwähnt – einstimmig verabschiedet worden und damit Beschlusslage für die Mitglieder der IG BCE. Da die Parteivorsitzenden von SPD und CDU, Sigmar Gabriel und Angela Merkel, auf dem Kongress der IG BCE gesprochen haben und somit die Diskussion kennen müssten, könnten sie in den Koalitionsverhandlungen die Beschlusslage – oder zumindest Teile davon – ja übernehmen.



Am Stand des Kumpelvereins vor der Skulptur, die von den Auszubildenden von Bayer, Lanxess und Currenta in Leverkusen gefertigt wurde; v. l. Aziz Ay, Mitglied des IG BCE Interkulturellen Bundesarbeitskreises und Fördermitglied des Vereins mit Giovanni Pollice.



KUMPELVEREIN ALS PARTNER

IG BCE gegen Rechts und für Gleichbehandlung

Auf dem 5. Ordentliche Gewerkschaftskongress der IG BCE gab es neben einem beschlossenen umfassenden Leitantrag zu Migration und Gleichbehandlung auch Beschlüsse zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gleichbehandlung. So soll Rechtsextremismus als Thema in Schulungen für Betriebsräte (nach § 37 16 BetrVG) verstärkt aufgegriffen werden. Das Gleiche gilt für das Thema Förderung der

Integration von Minderheiten. Für beide Bereiche liegen bereits entsprechende Seminarbausteine vor. Ein Antrag zum Verbot der NPD wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus wurde auch von Ulrich Freese thematisiert, der nicht mehr als stellvertretender IG BCE-Vorsitzender kandidierte. In seinem Rechenschaftsbericht sagte Freese, der

im September in den Bundestag gewählt wurde: „Zur Abwehr von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus organisieren wir immer wieder Initiativen und Aktionen, insbesondere während der Internationalen Wochen gegen Rassismus. Hier arbeiten wir eng mit dem ‚Kumpelverein‘ – dessen Vorsitzender unser Kollege Giovanni Pollice ist und der sich über neue Mitglieder freut –, dem DGB,

dem Interkulturellen Rat, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zusammen. Das ist eine breite Basis, um in Deutschland ein gesellschaftspolitisches Klima zu erzeugen, damit Deutschland endlich ein bekenndendes Einwanderungsland wird, Deutschland eine Willkommenskultur entwickelt und allen Menschen in der Welt zeigt: Wir brauchen Euch, Ihr seid hier bei uns herzlich willkommen.“

NUR NOCH ZWEI MONATE

Einsendeschluss für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ im Januar

Teilnahmebedingungen
Der Wettbewerb ist für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und arbeitenden Personen offen, die mindestens 16 Jahre alt sind. Der Wettbewerb ist für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und arbeitenden Personen offen, die mindestens 16 Jahre alt sind. Der Wettbewerb ist für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und arbeitenden Personen offen, die mindestens 16 Jahre alt sind.



schafsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden sowie Auszubildende und Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen. Mit einem Wettbewerbsbeitrag

Es sind noch ziemlich genau zwei Monate bis zum 17. Januar 2014. Das ist der Einsendeschluss für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2013/ 2014. Viel Zeit bleibt also nicht mehr. Der vom Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ausgeschriebene Wettbewerb steht dieses Mal unter der Schirmherrschaft der thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht und des früheren Vorsitzenden der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehegel. Zur Teilnahme aufgerufen sind Mitglieder der Gewerk-

soll ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander gesetzt werden. Wie der Beitrag im einzelnen aussieht, bleibt der Phantasie der Beteiligten selbst überlassen. Und dass Phantasie vorhanden ist, haben die bisherigen sieben Wettbewerbe gezeigt: Reportagen, Kurzfilme, Fotostories, Ausstellungen, Power-Point-Animationen, Lieder, und so weiter. Weitere Informationen zum Wettbewerb unter: www.gelbehand.de/wettbewerb

MASCHSEELAUF MIT GELBER HAND

Schwitzen für einen guten Zweck

Der Maschsee in Hannover ist zweifellos das beliebteste Naherholungsgebiet der niedersächsischen Landeshauptstadt. Man kann herum spazieren gehen oder die rund sechs Kilometer auch laufen. Zu solch einem Maschseelauf hatte Anfang Oktober das Deutsch-Türkische Netzwerk Hannover eingeladen, das Wirtschaftsbeziehungen zwischen deutschen und türkischen Unternehmen fördert und sich für Integration, den Austausch von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bemüht. Beim Maschseelauf spenden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro gelaufenen Kilometer zehn Euro, die für Integrationsprojekte verwendet werden. Laufen macht Spaß und für einen guten Zweck allemal, sagte sich auch Hans-Jürgen Licht, Fördermitglied des Kumpelvereins,

der bei der Stadtverwaltung arbeitet. Und er hatte noch eine besondere Idee. Er lief mit der Gelben Hand auf dem Trikot, um auch für den Kumpelverein zu werben. Und er ist allen davon gelaufen – bis auf einen. Anders formuliert: Hans-Jürgen Licht wurde Zweiter beim Maschseelauf. Ob die gute Platzierung eher auf die läuferischen Fähigkeiten zurückzuführen ist oder auf das Gelbe-Hand-Trikot lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären.



ZIVILCOURAGE EIN NEUES RÜCKGRAT GEBEN

EVG Berlin fordert Toleranz-Offensive für die Hauptstadt



die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) eine „Toleranz-Offensive“ für die Hauptstadt gefordert. Dazu sollten die S-Bahnen, U-Bahnen und Busse zur „rollenden Toleranz“ gegen fremdenfeindliche Hetze gemacht werden. Auf den

Werbeflächen müsse gezielt auf die Schicksale von Asylbewerbern hingewiesen werden, so der Berliner EVG-Vorsitzende Klaus Just. Wichtig sei es, individuelle Schicksale aufzuzeigen. Just: „Viele machen sich kein Bild davon, was die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, hinter sich haben – grausame Kriegserlebnisse, Verfolgung, Folter. Deren Gesicht und das, was sie erlebt haben, sollte in den Verkehrsmitteln dieser Stadt präsent sein. Genau da also, wo Asylsuchende den Berlinerinnen

und Berlinern auch begegnen. Dort haben wir die Chance, in den Köpfen der Menschen etwas zu bewegen.“ Gerade im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften plädiert die Berliner EVG für den Einsatz von „Toleranz-Botschaftern“. Dies könnten Ehrenamtliche sein, die an S-Bahn-Stationen oder auf U-Bahnhöfen einen „Info- und Lotsen-Service“ für Fahrgäste und Asylsuchende übernehmen. „Das tolerante Berlin muss ein Zeichen setzen. Wir brauchen Aktivitäten für Gleichbehandlung und gegen

Fremdenfeindlichkeit. Die Botschaft muss sein: ‚Keiner muss vor Berlinern flüchten. – Berlin macht keinen übel an.‘ Wir müssen der Zivilcourage in Berlin ein neues Rückgrat geben“, so Klaus Just. EVG-Mitglieder wären die ersten, die etwa in S-Bahnen oder auf Bahnhöfen die „Aktion Toleranz“ unterstützen würden. Es müsse sich das etablieren und demonstriert werden, was eine weltoffene und tolerante Hauptstadt ausmache: „eine Willkommenskultur, keine Schmähunkultur“.

RASSISMUS WIRD IMMER NOCH NICHT ERNST GENUG GENOMMEN

Gespräch mit Sebastian Edathy MdB

Am 29. und 30. November 2013 veranstaltet der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ einen Workshop zum Thema „Haben wir versagt? – Konsequenzen aus der NSU-Affäre für die Zivilgesellschaft“. Dabei wird auch Sebastian Edathy sein, der den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags leitete. Im Vorfeld des Workshops sprachen wir mit dem wiedergewählten SPD-Bundestagsabgeordneten. Informationen zum Workshop unter: www.gelbehand.de



Herr Edathy, sind Sie in den Monaten während des NSU-Untersuchungsausschusses manchmal nachts aufgewacht und haben sich gesagt: Das ist alles nur ein schlechter Traum, eine solche Mordserie ist bei uns nicht möglich?

Als wir im November 2011 die traurige Gewissheit erlangten, dass die rechtsterroristische Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) mutmaßlich für schwerste Delikte verantwortlich ist, war ich schockiert. Die kaltblütigen Morde des NSU an zehn Bürgern, der Sprengstoffanschlag 2001 und der Nagelbombenanschlag 2004 in Köln sowie zahlreiche, brutale Raubüberfälle zählen zu den unmenschlichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik je erlebt hat. Es ist beschämend, dass rechtsextremistische Ideologie nach den Verbrechen der Nazi-Diktatur in unserem Land eine blutige Spur von Mordtaten hervorbringen konnte. Beschämend ist aber auch die Tatsache, dass die 36 deutschen Sicherheitsbehörden dieser Gruppe nicht auf die Spur gekommen sind und der NSU über Jahre hinweg unbehelligt morden und rauben konnte. Während der Arbeit im 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages (Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund)

haben die Mitglieder im Ausschuss ein multiples Versagen der Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Die systemische Fehlleistung der Sicherheitsbehörden beruht dabei auf Struktur-, Haltungs- und Mentalitätsproblemen: So haben die beteiligten Sicherheitsbehörden dramatisch schlecht kooperiert und kommuniziert, die Gefahr einer zunehmend gewaltbereiter gewordenen rechtsextremen Szene massiv unterschätzt und die Ermittlungen nicht vorurteilsfrei geführt. In der Summe heißt das nichts anderes, als dass unser Rechtsstaat nicht die Standards aufweist, denen er verpflichtet ist - ein unhaltbarer Umstand, den es dringend zu ändern gilt.

Sie hatten in der letzten Zeit neben zahllosen Interviews auch Begegnungen mit Menschen, die Sie natürlich auf den Ausschuss angesprochen haben. Gab es da die eine oder andere ganz unspektakuläre Begegnung, nach der Sie gesagt haben: Das macht mir Mut für die Zukunft?

Das Interesse an der Arbeit im Untersuchungsausschuss war sehr groß. Bei Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet, bei denen ich referiere, sind stets zahlreiche

Zuhörerinnen und Zuhörer. In den Diskussionsrunden höre ich immer wieder die Bestürzung über die NSU-Mordserie und die aufrichtige Anteilnahme am Schicksal der Opfer und deren Angehörigen aber auch Entsetzen über das Behördenversagen. Hier zeigt sich mir, dass viele Bürgerinnen und Bürger erkannt haben, welche Gefahren vom Rechtsextremismus und –terrorismus für unser friedliches, vielfältiges Zusammenleben ausgehen und dass sich hier etwas ändern muss. Der ergreifendste Moment in den zurückliegenden Monaten war aber die Rede von Tülin Özudogru, deren Vater 2001 vom NSU umgebracht wurde. Bei der Verleihung des Genc-Preises im Juni 2013 sagte sie, dass sie in Deutschland geboren sei, dass es ihre Heimat sei und dass sie Deutschland liebe. Aber das Zeichen der Liebe, das sie sich umgekehrt von Deutschland ersehne, habe sie noch immer nicht bekommen. Trotz ihres schweren Verlustes machte sie in ihrer Rede niemanden einen Vorwurf, vielmehr mahnte sie zu mehr Zusammenhalt – für mich ein Zeichen der Hoffnung.

Um bei dem Unspektakulären zu bleiben: Wo sehen Sie Ansätze, bei denen wir alle im Alltag ge-

zielter handeln, um rassistischem Gedankengut den Boden zu entziehen?

Meines Erachtens wird der Rassismus in Deutschland immer noch nicht ernst genug genommen. So wird z.B. immer noch über die Zahl der Mordopfer rassistisch motivierter Täter gestritten oder Polizeibeamte aus Baden-Württemberg, die Mitglieder im rassistischen Ku-Klux-Klan waren, verbleiben weiterhin im Polizeidienst.

Aber auch als der ehemalige Bundesbanker Sarrazin 2009 türkische und arabische Einwanderer als Gruppe pauschal dämonisierte, passierte, außer einer breiten Diskussion, nichts. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“ (2012) zeigt auf, dass 60 Prozent der Befragten islamfeindlich sind und Ausländerfeindlichkeit tief in der Gesellschaft verwurzelt ist (22 Prozent in West- und 39 Prozent in Ostdeutschland). Wir alle können und müssen in unserem Umfeld und in vielen alltäglichen Situationen etwas gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit tun. Wenn uns rassistische Einstellungen z.B. an der Supermarktkasse, am Arbeitsplatz oder in der Fan- und im Fußballstadion begegnet, müssen wir als Demokratinnen und Demokraten darauf reagieren und unser Gegenüber zur Rede stellen. Rassistische „Argumente“ zeichnen sich darin aus, dass sie ohne große Mühen zu widerlegen sind.

Welche Rolle kommt beim Engagement gegen Rassismus aus Ihrer Sicht den Akteuren in der Arbeitswelt zu?

Gerade in der Arbeitswelt gibt es gegenüber Einwanderinnen und Einwanderern weit verbreitet rassistische Vorurteile. Vor allem in großen Betrieben sind die Betriebsräte gefragt, rassistische Vorkommnisse ernst zu nehmen und mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Besonders hervorzuheben ist das Engagement vom Kumpelverein „Die Gelbe Hand - Mach meinen Kumpel nicht an!“. Insbesondere die präventive Arbeit bei Jugendlichen in Ausbildung und an Schulen hilft, rassistischen Einstellungen entgegen zu wirken.

FOTOWETTBEWERB DER DGB-JUGEND

Alltagsrassismus sichtbar machen



Die DGB-Jugend NRW hat für Schülerinnen und Schüler aus

Nordrhein-Westfalen einen Fotowettbewerb zum Thema Alltagsrassismus ausgeschrieben. Da im Schulalltag noch viel zu oft rassistische Ausgrenzung und Diskriminierung zu finden sind, fordert die DGB-Jugend dazu auf, dagegen aktiv zu werden. Um auf alltäglichen Rassismus in der Gesellschaft aufmerksam zu machen und für

einen respektvollen Umgang miteinander zu werben, ist der Wettbewerb ein Mittel.

Dazu formuliert die DGB-Jugend vier Leitfragen:

1) Wo und in welchen Formen begegnet ihr Rassismus und Ausgrenzung?

2) Was ist Rassismus und Ausgrenzung für euch?

3) Wie beeinflusst euch Rassismus?

4) Wie reagiert ihr auf Rassismus und was unternimmt ihr dagegen? Es ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern überlassen, wie das Thema bearbeitet wird. Das können Alltagssituationen sein, Bilder von Aktionen usw. Einsendeschluss ist der 15. Dezember 2013. Zu gewinnen gibt es 350 Euro (1. Preis), 150 Euro (2. Preis) und ein Gutschein für zwei Personen zur Teilnahme an einem Seminar aus dem Bildungsprogramm der DGB-Jugend (3. bis 5. Preis).

Weitere Informationen unter:

www.nrw-jugend.dgb.de/fotowettbewerb

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte unser Verein neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Carsten Burckhardt**, IG BAU, Mitglied des Bundesvorstandes, **Michael Fletterich**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Merck, **Kurt Hay**, IG BCE, Landesbezirksleiter Westfalen, **Antonio Lago**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Sasol Wax GmbH, **Volker Möller**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Vivawest Wohnen, **Lutz Pscherer Dr.**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. 50Hertz Tasmission, **Gisela Rama**, IG BCE, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes, **Hans Ritterbex**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Saint-Gobain Sekurit, **Jörg Schönfelder**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Continental, **Peter Schrimpf**, IG BCE, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der RAG, **Mirko Skela**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. RAG DSK BW Prosper-Haniel, **Kunigunde Tillmann**, IG BAU, Regionalleiterin Bayern, **Berthold Trippen**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Zeller Plastik, **Thomas Wessel**, IG BCE, Personalvorstand der Evonik Industries AG, An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

1. **Michael Bond**, NGG, Sekretär zur Ausbildung, München
2. **Josef Braun**, IG BCE, Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Oberkirch-Renchtal, Renchen
3. **Carsten Burckhardt**, IG BAU, Mitglied des Bundesvorstandes, Frankfurt/Main
4. **Hassan Djamelpour**, IG BCE, Mitglied des Interkulturellen Arbeitskreises, Bezirk Leverkusen, Elsdorf
5. **Jennifer Dörper**, IG BCE, Essen
6. **Matthias Eulitz**, NGG, Sekretär zur Ausbildung, Fraureuth
7. **Brigitte Eschenauer**, IG BCE, Bezirksleiterin Düsseldorf
8. **Silvana Ferraguti**, Sozialarbeiterin, Duisburg
9. **Michael Fletterich**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Merck, Werk Gernsheim
10. **Jürgen Glaser**, IG BCE Bezirksleiter Darmstadt
11. **Christian Gühl**, NGG, Projektssekretär, Region Leipzig-Halle-Dessau, Leipzig
12. **Serhat Güngör**, IG BCE BR-Mitglied, Fa. SCHOTT AG, Mainz
13. **Iris Gürtler**, IG BCE, BR-Mitglied, Fa. Merck Darmstadt, Darmstadt
14. **Heike Hausfeld**, IG BCE, freig. BR-Mitglied Fa. Bayer AG Werk, Leverkusen
15. **Kurt Hay**, IG BCE, Landesbezirksleiter Westfalen, Bochum
16. **Johannes Heitbaum**, IG BCE, stellv. BR-Vorsitzender, Fa. Bayer Pharma AG, Bergkamen
17. **Wolfgang Ikrath**, IG BCE, freig. BR-Mitglied, Fa. Industriepark Walsrode, Bomlitz
18. **Alfred Klose**, IG Metall, Gründungsmitglied des DGB Chor Hannover, Hannover
19. **Antonio Lago**, IG BCE, BR-Vorsitzender, Fa. Sasol Wax GmbH, Hamburg
20. **Christina Ledong**, IG BCE, stellv. BR-Vorsitzende, Fa. VNG Verbundnetz Gas AG, Leipzig
21. **Lena Melcher**, NGG, Sekretärin zur Ausbildung, Hannover
22. **Volker Möller**, IG BCE, BR-Vorsitzender, Fa. Vivawest Wohnen GmbH, Gelsenkirchen
23. **Hermann Ostermann**, IG BCE, BR-Mitglied Fa. MÖLLERWERKE GMBH, Bielefeld
24. **Melek Özkara**, Berlin
25. **Vanessa Pruß**, IG BCE, Mitglied der Jugend- und Auszubildende Vertretung, Fa. Sanofi-Aventis, Frankfurt/Main
26. **Lutz Pscherer Dr.**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. 50Hertz Tasmission, Berlin
27. **Gisela Rama**, IG BCE, BR-Mitglied, Fa. Rheinbraun Brennstoff GmbH, Köln, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes
28. **Hans Ritterbex**, IG BCE, BR-Vorsitzender, Fa. Saint-Gobain Sekurit, Herzogenrath, GBR Vorsitzender
29. **Andreas Schmidt**, IG BCE, Bezirksleiter Thüringen, Erfurt
30. **Jörg Schönfelder**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Continental, Korbach, Mitglied des ehrenamtlichen Hauptvorstandes
31. **Peter Schrimpf**, IG BCE, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der RAG Aktiengesellschaft, Herne
32. **Peter Seideneck**, IG BCE, Gründungsmitglied des Kumpelvereins, Frankfurt/Main
33. **Mirko Skela**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. RAG DSK BW Prosper-Haniel, Bottrop
34. **Ilona Spitzenberg**, IG BCE, ehrenamtliche Richterinnen beim Arbeitsgericht Darmstadt, Darmstadt
35. **Thomas Steinberg**, IG BCE, stellv. Bezirksleiter Gelsenkirchen
36. **Roland Strasser**, IG BCE, Bezirksleiter Ludwigshafen
37. **Kunigunde Tillmann**, IG BAU, Regionalleiterin Bayern, München
38. **Berthold Trippen**, IG BCE, BR-Vorsitzender Fa. Zeller Plastik GmbH, Zell
39. **Jürgen Walter**, IG BCE, ehem. gHV Mitglied, Hannover
40. **Thomas Wessel**, IG BCE, Personalvorstand der Evonik Industries AG, Essen
41. **Klaus West Dr.**, IG BCE, Geschäftsführer der Chemie-Stiftung Sozialpartner-Akademie – C SSA, Wiesbaden-Erbenheim

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßbocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Claudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900